

Weltmarkt und Weltmacht

Von der globalisierten Zivilgesellschaft und ihrer antiterroristischen Kriegskultur

Kriegsgründe entstehen im *Frieden*; wann sonst. Umgekehrt ist *Frieden* der „Zustand“, den *Kriege* herstellen und der ohne Kriegsfähigkeit und -bereitschaft gar nicht zu haben ist. Das wussten schon die alten Römer; und nach deren Grundsatz – „Si vis pacem, para bellum!“ – handelt noch im 21. Jahrhundert die NATO, wenn sie sich dazu verpflichtet, zwecks Sicherung des Weltfriedens jederzeit zu nicht weniger als sechs Militäreinsätzen gleichzeitig – zwei größeren Kriegen à 60 000 Mann und bis zu vier kleineren mit 20-30 000 Mann Kampftruppen – fähig und bereit zu sein.

Gewandelt haben sich im Laufe der Zeit freilich nicht bloß die Dimensionen, in denen die zuständigen Strategen denken und handeln. Dass die Großmächte heute für nichts Geringeres als den *Weltfrieden* verantwortlich sein wollen, keinen bewaffneten Konflikt unbeaufsichtigt lassen, überall eingreifen können und sich das nach eigenem Ermessen auch vorbehalten, das hat – um das Wenigste zu sagen – „damit zu tun“, dass sie einen wirklich weltumspannenden Kapitalismus zustande gebracht haben und in ihrem ökonomischen Bestand von dem Nutzen abhängen, den sie aus dieser kapitalistisch erschlossenen Welt herauswirtschaften. Eine so existenzielle Abhängigkeit schließt für die großen Nutznießer die Notwendigkeit ein und ist für deren Regierungen gleichbedeutend mit dem Gebot sicherzustellen, dass die politischen Machthaber in aller Welt die Beteiligung am globalen Geschäftsleben als sachliche Grundlage, wesentlichen Inhalt und verbindlichen Leitfaden ihrer Herrschaft anerkennen, und dafür zu sorgen, dass keiner aus der Reihe tanzt. Auf die Sachzwänge des Weltmarkts, die nach Auffassung moderner Globalisierungstheoretiker selbst die mächtigsten Staaten zu ohnmächtigen Erfüllungsgehilfen der Übermacht ökonomischer Verhältnisse degradiert haben, verlassen sich die maßgeblichen Weltpolitiker dabei mitnichten. Für deren praktischen Verstand ist klar genug, dass die härtesten Sachzwänge und die Gebote der marktwirtschaftlichen Vernunft erst und nur dann greifen, wenn und solange eine souveräne Staatsgewalt zum Mitmachen entschlossen ist und ihre Gesellschaft auf marktwirtschaftliches Geldverdienen als Überlebensmittel festlegt. Dann steckt freilich in jedem marktwirtschaftlichen Sachverhalt ein Zwang, und alle Momente des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses sind Ansatzpunkte, um die Privatmacht des Geldes und die Vollmachten seiner Schöpfer erpresserisch geltend zu machen. Doch um so, in den geordneten Bahnen geschäftlicher Erpressungsmanöver, mit einander und mit der ganzen Welt umspringen zu können, bedürfen die kapitalistischen Führungsmächte eines Arguments, das die höchsten Gewalten, die in letzter Instanz nur ihre eigene, nämlich die „Sprache der Gewalt“ verstehen, von der Alternativlosigkeit einer Entscheidung für das kapitalistische Weltsystem, von der Zuständigkeit der Großen für Ordnung und Sicherheit des globalen Geschäftsgangs und von der Unerlässlichkeit „guter Regierung“ nach demokratisch-marktwirtschaftlichem Vorbild überzeugt. An der Notwendigkeit un widersprechlicher Gewalt gibt es keinen Zweifel, weil verantwortliche Ordnungspolitiker immer irgendwelche Störenfriede kennen, gegen die ihre friedliche Geschäftsordnung verteidigt werden muss. Jahrzehntlang war es die Sowjetmacht mit ihrem Sozialistischen Lager, an der der Universalismus der Freiheit des Eigentums und seiner Sachzwänge sich gebrochen hat und gegen die folglich Ordnung und Frieden verteidigt werden mussten; zur heute erreichten Globalisierung der marktwirtschaftlichen Idylle hat es nicht weniger als einen langjährigen Kalten Krieg mit beständig perfektionierter atomarer Vernichtungsdrohung und vielen regionalen Nebenkriegsschauplätzen gebraucht. Das Weltkriegssystem,

das die Führungsmacht der Freien Welt zu diesem Zweck mit ihrer Rüstung und mittels eines Netzes von Bündnissen auf die Beine gestellt hat, ist mit dem Triumph über die große systemwidrige Ausnahme bekanntlich keineswegs überflüssig geworden, vielmehr seiner eigentlichen Bestimmung näher gekommen: Nicht mehr gelähmt durch „Gegenabschreckung“ und „atomares Patt“, konfrontiert „der Westen“ die Welt mit seinem Willen und seiner Fähigkeit zu totaler militärischer Abschreckung, beglaubigt beides durch Drohungen und „asymmetrische“ Kampfeinsätze gegen wirkliche und potenzielle Abweichler wo auch immer auf der Welt; und die herkömmliche Unterscheidung, die klare Scheidung zwischen Kriegszustand und Frieden wird hinfällig. Die hochgeschätzten Regeln der *freien* Konkurrenz auf dem Weltmarkt treten und bleiben nämlich nur in Kraft, wenn ununterbrochen kleine und große Sicherheitsfragen *gewaltsam* gelöst werden. Dann, auf der Grundlage ständiger Militäreinsätze, ist die gewaltfreie Nutzung dieser Regeln im ökonomischen Verkehr zwischen den Nationen aber auch garantiert – eine Nutzung, die bekanntlich einiges an Erpressungspotenzial zur Geltung bringt und ebenso merkwürdige Abhängigkeiten wie eine auffällige Verteilung des Reichtums stiftet.

Dieser schöne Erfolg des freiheitlichen Imperialismus hat freilich einen Haken: Er untergräbt die Kooperation, zu der die kapitalistischen Großmächte sich in der Konfrontation mit dem gemeinsamen großen Feind in Moskau haben nötigen lassen. Schon im Kalten Krieg, für den die USA ihre europäischen und anderen Verbündeten gebraucht und funktionalisiert und in dem die umgekehrt Amerika als Schutzmacht für ihre nationalen Belange in Anspruch genommen haben, sind Aufwand und Ertrag der gemeinsamen Sicherheitspolitik von allen Beteiligten beständig äußerst kritisch überprüft worden: der Aufwand nicht bloß an Geld für Rüstung, sondern an Bündnisdisziplin, an Rücksichtnahme auf die Partner, an Verzicht auf Eigenmächtigkeiten und Exklusivrechte – immerhin war es mit den Kolonialreichen der zwei westeuropäischen Siegermächte auch deshalb vorbei, weil die neue amerikanische Weltordnung dafür keine Verwendung mehr hatte –; auf der anderen Seite der Ertrag an Freiheiten des Konkurrierens und des geschäftlichen Zugriffs, an politischem Einfluss auf die Alliierten und überhaupt an strategischer Bedeutung usw. Der Ausgang der entsprechenden von Argwohn geprägten, auf Statusverbesserung gerichteten Revisionsbemühungen der Verbündeten ist seit der Selbstaflösung der Sowjetmacht nicht mehr durch die gemeinsame Weltkriegsoption vorentschieden: Alle Beteiligten kalkulieren neu. Den Kollateralnutzen, den ihre Kriegsallianz für sie abgeworfen hat: die gemeinsame Kontrollmacht, die Kompetenz zur Bevormundung anderer Souveräne, die Verpflichtung der Partner auf Entgegenkommen, die Freiheit, die ganze Welt als ökonomisches Betätigungsfeld mit Beschlag zu belegen – den mögen sie allesamt nicht missen; zu einer Aufteilung des Globus in exklusive Einflusssphären will kein moderner Imperialist zurück. Andererseits sind alle, die Führungsmacht ebenso wie ihre Alliierten, überhaupt nicht zufrieden mit dem erreichten Stand nationaler Kontrollmacht, mit den Erfolgsperspektiven der nationalen Wirtschaft, mit den politischen und ökonomischen Erträgen des Weltfriedens und den politischen und finanziellen Unkosten des dafür nötigen universellen Abschreckungsregimes; was die USA an strategischen und materiellen Diensten von den andern Großmächten verlangen, deckt sich weder mit deren Benutzungsinteressen und Machtansprüchen noch mit deren Willen, von der amerikanischen Weltmacht als gleichrangiger Kontrahent respektiert zu werden; beide Seiten ringen um Korrekturen; das zersetzt den politischen Einigungswillen, auf dem die gewohnte friedliche Austragung der Konkurrenz der Nationen beruht und den keine der verantwortlichen Mächte kündigen will.

So funktioniert Imperialismus heute.